

PRESSEMITTEILUNG:

Wiesbaden, 13. November 2007

Nancy Faeser (SPD-ZUKUNFTSTEAM Justiz): Jugend-Boxcamp in Diemelstadt bestätigt SPD-Position zu Jugendstrafvollzug

„Der intensive und pädagogische Umgang mit straffälligen und schwierigen Jugendlichen ist besser als ihre technische Überwachung“, sagte heute Nancy Faeser (SPD-ZUKUNFTSTEAM Justiz). Faesers Besuch der von Boxprofi Lothar Kannenberg initiierten und geleiteten Jugendhilfeeinrichtung „Trainingscamp Lothar Kannenberg“ habe gezeigt, dass man in der Jugendarbeit mit gewalttätigen, straffällig gewordenen oder schwer erziehbaren Kindern nur dann erfolgreich arbeiten könne, wenn man diese intensiv pädagogisch betreue.

Auch habe der Besuch in Diemelstadt einmal mehr gezeigt, wie wichtig es für den Erfolg einer sozialen Wiedereingliederung ist, dass die Jugendlichen sich in ihrer Freizeit nicht allein und sich selbst überlassen blieben. Gerade das Ausfüllen der Freizeit und der Wochenenden mit sinnvollen und anregenden Tätigkeiten sei eines der größten Probleme der betroffenen Jugendlichen. Der von Lothar Kannenberg erarbeitete sportliche Ansatz und die in der Jugendhilfeeinrichtung umgesetzte durchgängige pädagogische Betreuung durch geschultes und qualifiziertes Personal stelle hier ein vorbildliches Modell dar.

Faeser sehe in dieser hessischen Einrichtung deutliche Parallelen zum Umgang mit Jugendlichen im Strafvollzug, wie er beispielsweise in Baden Württemberg im Projekt „Chance“ und im Schweizer „Arxhof“ umgesetzt werde. Dies wolle man in Hessen in einem Modellprojekt umsetzen, sagte die Rechtspolitikerin, die in der SPD-Landtagsfraktion für den Justizvollzug zuständig ist. Aus diesem Grunde werde man Herrn Kannenberg auch bei seinen Bemühungen um die Errichtung einer Folgeeinrichtung ebenso unterstützen wie bei der Finanzierung der wissenschaftlichen Evaluation seines aktuellen Projekts.

Ebenso wie die Einrichtungen in Baden Württemberg und der Schweiz müsse man endlich auch in Hessen erkennen, auf welche Weise sich im Umgang mit delinquenten Jugendlichen der hohen Gewaltbereitschaft begegnen lasse und wie sich Rückfallstraftaten wirkungsvoll vermeiden ließen. Die SPD habe diesen Weg mit ihrem Gesetz für ein Jugendstrafvollzugsgesetz offensiv beschreiten wollen, während sich die CDU nur zögerlich an dieses Thema heranwage und nach wie vor in erster Linie auf Repression, Wegschließen und technische Überwachungsmaßnahmen setze, stellte Faeser fest. Deshalb sei ein Politikwechsel am 27. Januar 2008 dringend erforderlich, um die Rückfallquote von 80 Prozent endlich zu senken und Hessen für seine Bürger sicherer zu machen.